

Vettweißer Bürgerbrief

Nr. 110
Dezember 2013
Auflage: 3800 Stück



**Frohe Weihnachten und ein gutes
neues Jahr wünscht Ihnen Ihr SPD Ortsverein Vettweiß.**



Diese große Krippenlandschaft finden Sie in der Kirche St. Jakobus der Ältere in Jakobwüllesheim. Auf dem Bild ist eine Herberge zu sehen, an der Maria und Josef auf ihrem Weg vermutlich nach einem Zimmer gefragt haben. Besonders außergewöhnlich und reizvoll ist, dass die Landschaft mit Figuren in verschiedenen Größen bestückt ist. So ergibt sich die Möglichkeit eine ganze Landschaft zu zeigen an deren Rand die 3 Weisen aus dem Morgenland bereits auf dem Weg zum Stall sind. Es lohnt sich die Krippe an den Weihnachtstagen zu besichtigen.

(AK)

Drehen an der Steuerschraube...

Nicht erst seit dem Wirken des „Sparkommissars“ in Nideggen sollte den meisten von uns bewusst sein, dass die finanzielle Situation gerade der ländlichen Gemeinden auch im Kreis Düren immer kritischer wird. Die Gründe liegen hier vielfach außerhalb eigener Verantwortung – bei Bund, Land, aber auch beim Kreis Düren. Hier fordert Landrat Spelthahn eine immer höher werdende Kreisumlage bei einer überproportional steigenden Jugendamtszulage. Bereits vor vier Jahren hatte die SPD Vettweiß gefordert, die Steuersätze, die die Gemeinde selbst beeinflussen kann, moderat an die Gegebenheiten anzupassen. Die CDU Vettweiß hatte dies strikt abgelehnt. Hierdurch wurde Vermögen unserer Gemeinde aufgebraucht, was – für jeden Einwohner nicht übermäßig spürbar – vermeidbar gewesen wäre. Nun stehen wir vor einem Riesenschritt, um das einmal beschlossene Ziel eines ausgeglichenen Haushalts 2022 und somit unsere eigenen Gestaltungsmöglichkeiten zu erhalten. Die nun von Verwaltung und BI (unterstützte) Forderung für die beiden kommenden Jahre jeweils 100% zuzulegen, halten wir für nicht angepasst. Der Bürger muss nicht allein die Zeche zahlen, die andere durch ihr Zögern haben auflaufen lassen. Die CDU hat mit ihrer Mehrheit nun für 2013 eine 50%ige Erhöhung der Grundsteuer B (449%) beschlossen und für 2015 einen Ansatz ausgesetzt, um (vorläufige) Zahlen 2013 „abzuwarten“.

Die SPD Vettweiß ist der Ansicht, dass hier mit dem Ziel der Handlungsfähigkeit durchaus für den vorliegenden Doppelhaushaltsentwurf Eckpunkte gesetzt werden müssen. Geringe eventuelle Verbesserungen helfen uns nicht weiter. Die SPD Vettweiß forderte daher für 2014/2015 Grundsteuer A 320%/420%; Grundsteuer B 421%/443% (bei 5%-Fortschreibung bis 2022 – somit Erreichen des Ausgleichs); Gewerbesteuer 450%/480%. Bei letzterer setzte die CDU mit ihrer absoluten Mehrheit für 2014 449% durch. Dies als Ausdruck des „strategischen Denkens“ . Es geht um jeden Prozentpunkt - (JüRu)

„Mehr Demokratie wagen“

Diese Forderung hatte schon Willy Brandt, der jetzt 100 geworden wäre, zum Leitmotiv seiner ersten Kanzlerschaft gemacht. Exakt hieran knüpft die mit 150 Jahren älteste demokratische Partei Deutschlands mit dem Mitgliedervotum zum Koalitionsvertrag wieder an. Dabei mag die SPD zwar im Laufe der Zeit etwas Patina angesetzt haben, was sie allerdings nur wertvoller macht, zumal sie in ihrer aktuellen Dynamik keinesfalls den Eindruck einer angestaubten im eigenen Muff erstickenden Partei macht.

Wir hatten das beste und sozial ambitionierteste Wahlprogramm aller Zeiten, das in vielen Problembereichen spürbare Verbesserungen für viele Menschen gebracht hätte und auch durch geringfügige Erhöhungen des Spitzensteuersatzes bei Einkommen von über 100.000 EUR (200.000 bei Verheirateten) solide gegenfinanziert war, was allerdings in den Medien zu einer Panikmache wegen drohender Steuererhöhungen führte.

Nach unserer Überzeugung hatten wir auch den Kandidaten mit den besseren Konzepten in den Bereichen Bildung, Soziales, Eurorettung und Regulierung der Finanzmärkte, der allerdings in einer konzertierten Medienkampagne wegen seiner Vortragshonorare förmlich niedergemacht wurde, weil es offenbar nur den Abgeordneten der bürgerlichen Parteien vorbehalten ist, lukrative Zusatzeinkünfte zu erzielen.

Die Bundestagswahl haben wir leider klar verloren und damit nicht die Möglichkeit, alle Kernpunkte unseres Programms mit einer beabsichtigten rot-grünen Regierung umzusetzen.

Dennoch zieht sich die SPD nicht beleidigt in den Schmollwinkel der Opposition zurück und überlässt es „Mutti Merkel“ sich über Neuwahlen mit völlig offenem Ausgang Ersatz für den letzten von ihr selbst im Koalitionsdauerstreit völlig demontierten „Koalitionswunschpartner“ zu suchen. Die SPD stiehlt sich nicht aus der Verantwortung, sondern führte nach mehreren Sondierungsgesprächen Koalitionsverhandlungen mit der Union über die Bildung einer in der SPD wahrlich nicht geliebten großen Koalition. Die Entscheidung, ob das Verhandlungsergebnis des Koalitionsvertrages zur Bildung einer solchen Koalition ausreicht, wurde erstmalig der Basis durch das verbindliche Mitgliedervotum übertragen.

Dieses erstmalige verbindliche Mitgliedervotum einer Partei über eine Koalitionsvereinbarung wurde prompt in den Medien angeprangert und als ungleiches Wahlrecht gebrandmarkt, da letztlich nur die SPD-Mitglieder darüber abstimmen dürften, ob der Wählerwille aus der Bundestagswahl mit der SPD umgesetzt werden könne. Diese abenteuerliche Medienkampagne

gipfelte dann schließlich in dem abstrusen Vorwurf, dass dieses Mitgliedervotum verfassungswidrig sei, den Frau Slomka in einem ZDF-Interview mit Sigmar Gabriel mehrfach und hartnäckig wiederholte. Zu Recht wies der SPD-Vorsitzende diesen Vorwurf als „völligen Quatsch“ zurück, da es jeder Partei doch selbst überlassen ist, wie sie ihre interne Willensbildung organisiert, was auch einige Tage später durch das Bundesverfassungsgericht, welches einen entsprechenden Eilantrag erst gar nicht zur Entscheidung annahm, eindrucksvoll bestätigt wurde. Wenn in anderen Parteien nur der Parteivorstand, ein Parteikonvent oder ein Parteitag über die Bildung einer Koalition entscheidet, Kritiker dabei so eingeschüchtert werden, dass sie sich noch nicht einmal trauen, mit Nein zu stimmen, ist es in der Tat doch viel demokratischer, allen Mitgliedern die Entscheidungsmöglichkeit in geheimer Abstimmung zu überlassen. Dies ist dann wirklich gelebte Demokratie im Sinne von Willy Brandt.

Wie groß die Resonanz auf das Mitgliedervotum und das Bedürfnis nach mehr Demokratie an der Basis tatsächlich sind, wird deutlich in der Zahl der Neueintritte in die Partei, der großen Beteiligung mit intensiven Diskussionen bei den Mitgliederkonventen und der sehr hohen Abstimmungsquote.

Die deutliche Zustimmung von 75,96 % zum ausgehandelten Vertrag bringt zum Ausdruck, dass die Mehrzahl der SPD-Mitglieder es als wichtig und richtig ansieht, die Punkte des SPD-Programms, die in den langen Verhandlungen mit der Union durchgesetzt werden konnten, auch für die Menschen in unserem Land umzusetzen, auch wenn dies noch weit hinter unseren Vorstellungen zurückbleibt. Die gesamte SPD wird dieses überzeugende Mehrheitsvotum der Mitglieder in guter demokratischer Tradition auch geschlossen anerkennen und mittragen. Zwar hätten wir uns auch eine stärkere Entlastung der Kommunen durch den Bund gewünscht der diesen immer neue Aufgaben überträgt, ohne für eine ausreichende Finanzausstattung Sorge zu tragen, was allerdings gegenüber der Union weitergehend nicht durchsetzbar war.

Unabhängig vom Ergebnis des Votums sehe ich jedoch dessen erstmalige Durchführung als den eigentlichen Erfolg an. Angesichts des großen Interesses der Mitglieder an der Sachdiskussion und der hohen Beteiligung von 78,86 % gehe ich davon aus, dass es keine Basta-Politik mehr gibt und Mitgliedervoten auch als ein wirksames Instrument gegen Politikverdrossenheit künftig in der SPD nicht mehr wegzudenken sind. Bleibt nur zu hoffen, dass auch die übrigen Parteien diesem Beispiel folgen und gleichfalls den Mut haben, mehr Demokratie zu wagen! (W.Kü)

